

Licht ins Dunkel der Geheimdiplomatie

Regierung in Teheran soll Attentat gegen kurdische Oppositionspolitiker in Auftrag gegeben haben

Von Marianne Heuwagen

Berlin, 21. August - „Ich werde Namen nennen“, hat der frühere iranische Staatspräsident Abolhassan Bani-Sadr in einem Interview schon vor seiner Aussage als Zeuge im „Mykonos“-Prozeß angekündigt. Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen wird der 63 Jahre alte Iraner, der heute im französischen Exil lebt, an diesem Donnerstag und am Freitag vor dem Berliner Kammergericht aussagen. Bani-Sadr will darlegen, daß der Mord an vier iranisch-kurdischen Oppositionspolitikern im Berliner Lokal „Mykonos“ im September 1992 von höchsten Regierungsvertretern im Iran gesteuert war. Dabei wird auch der Name eines weiteren Schützen eine Rolle spielen, der ebenfalls am Attentat beteiligt gewesen sein soll. Bani-Sadr hat darüber hinaus erklärt, von dem Anschlag auf den kurdischen Exilpolitiker Saïd Charafkandi, dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei Kurdistans im Iran, vorher gewußt und Charafkandi sogar gewarnt zu haben.

Begleiter des Ayatollahs

Bani-Sadr hatte 1979 den Ayatollah Khomeini von Frankreich aus in den Iran begleitet und war nach dem Sturz des Schahs Staatsoberhaupt geworden. Nach seinen Angaben muß jedes von Iran gesteuerte politische Attentat von höchster Stelle genehmigt werden, also von Staatspräsident Haschemi Rafsandschani und dem religiösen Führer Ali Chamenei. Die Vernehmung Bani-Sadrs hatten die Bundesanwaltschaft und die Nebenkläger beantragt. Wegen des Berliner Attentats müssen sich vor dem Kammergericht seit Oktober 1993 ein Iraner und vier Libanesen verantworten.

Zwei Killerkommandos seien auf sein Leben angesetzt, ließ Bani-Sadr die Öffentlichkeit und die Berliner Sicherheitsbehörden vor seiner Zeugenaussage wissen. Ein Kommando sei aus Schweden,

ein zweites direkt aus Teheran angereist. Die Sorge des früheren iranischen Spitzenpolitikers um sein Leben ist nicht unbegründet: Etwa sechzig iranische Exilpolitiker sind seit 1979 im westlichen Ausland umgebracht worden. Die blutige Spur führte fast immer nach Teheran. Nie zuvor aber ist der Iran so direkt wegen Staatsterrorismus angeklagt worden wie im Berliner „Mykonos“-Verfahren.

Dort sitzen der Iraner Kazem Darabi und vier Libanesen auf der Anklagebank. Ihnen wird vorgeworfen, die vier kurdischen Exilpolitiker in dem griechischen Restaurant am Rande einer Tagung der



BELASTET Teheran schwer: Irans früherer Präsident Bani-Sadr. Photo: dpa

Sozialistischen Internationale (SI) ermordet zu haben. Kazem Darabi war dem deutschen Verfassungsschutz seit langem als Berliner Verbindungsmann der vom Iran gesteuerten Terrororganisation Hizbullah bekannt. Im Zusammenhang mit dem Attentat sind gegen den damaligen Berliner Innensenator Dieter Heckelmann (CDU) von der Opposition im Abgeordnetenhaus schwere Vorwürfe erhoben worden. Das Parlament hatte eigens einen Untersuchungsausschuß eingesetzt und festgestellt, daß der Berliner Verfassungsschutz rechtzeitig vom Bundesverfassungsschutz vor Darabi gewarnt worden war. In ihrer abschließenden Bewertung der politischen Versäumnisse konnten sich die Parlamentarier aber nicht einig werden. Nur die SPD und die Grünen warfen Heckelmann vor, die Arbeit der Sicherheitsbehörden nicht hinreichend koordiniert zu haben.

Hinter den „Mykonos“-Morden vermutet die Bundesanwaltschaft ohnehin unmittelbar den iranischen Geheimdienst Vevak. Deshalb erließ der Bundesgerichtshof im März dieses Jahres einen Haftbefehl gegen den iranischen Geheimdienstchef Ali Fallahian, der die Fäden für den Anschlag gezogen haben soll. Fallahian hatte die Bundesrepublik zuletzt im Oktober 1993 besucht und dabei die Bundesregierung aufgefordert, auf das außenpolitisch höchst brisante Verfahren Einfluß zu nehmen. Dies räumte auch Kanzleramtsminister Bernd Schmidbauer im Zeugenstand ein. Schmidbauer betonte aber, er habe das Ansinnen des Irans zurückgewiesen. Doch Bani-Sadr will aus iranischen Quellen ganz andere Informationen erhalten haben. Seine Aussage in Berlin könnte auch dazu beitragen, Licht in die undurchsichtige Geheimdiplomatie zu bringen. Der Exilpolitiker - er tritt im übrigen für einen „dritten islamischen Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein - hält den

deutschen Haftbefehl gegen Fallahian für richtig und lehnt die Politik des „kritischen Dialogs“ der Europäischen Union gegenüber dem Iran ab.

Auf den Haftbefehl gegen Fallahian hatte Teheran sofort äußerst empört reagiert. Der iranische Botschafter in Bonn kündigte unmittelbar danach in den Medien „weitreichende Konsequenzen“ an, falls ein Iraner wegen des „Mykonos“-Attentats verurteilt würde. Darüber hinaus drohte Teheran mit der Veröffentlichung von Informationen, welche die Bundesrepublik kompromittieren würden. Kanzleramtsminister Schmidbauer hat seinerseits vor dem Ausbruch einer „Eiszeit“ in den deutsch-iranischen Beziehungen gewarnt.

„Reine Verzögerungstaktik“

Doch bis zur Urteilsverkündung wird noch eine Weile vergehen. Eigentlich hätten nach etwa dreihundert Verhandlungstagen längst die Plädoyers beginnen sollen. Unmittelbar bevor Oberstaatsanwalt Bruno Jost Mitte Juli aber mit der Verlesung seines umfangreichen Schriftsatzes anfangen konnte, gestattete der Iran plötzlich die bis dahin verweigerte Vernehmung von zwei weiteren Entlastungszeugen in Teheran. Die hatte das Gericht schon vor eineinhalb Jahren hören wollen. Da es sich aber um Entlastungszeugen handelt und das Gericht offensichtlich keinen Revisionsgrund liefern will, ging Richter Frithjof Kubsch auf das plötzliche Angebot der Zeugenvernehmung ein. Nur die Nebenkläger sprachen offen aus, daß es sich ihrer Meinung nach um eine „reine Verzögerungstaktik“ handle. Da die Bundesregierung zwei Wochen lang mit dem Iran hinter dem Rücken des Gerichts in der Frage der Zeugenvernehmung verhandelt habe, wirft einer der Nebenkläger der Bundesregierung sogar vor, die Exekutive steuere das Verfahren. „Jeder Monat, den der Prozeß verzö-